



Vierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 17½ Thlr. Wochen-Abo 5 Sgr., außerhalb Incl. Porto 21½ Thlr. — Abo für den Raum einer sechsteljährigen Zeile in Zeitung 2 Sgr., Reklame 3 Sgr.

Erscheint: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 322. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkner.

Dienstag, den 14. Juli 1874.

## Das Attentat gegen Bismarck.

In die stille ruhige Zeit, die nur wenig unterbrochen wurde durch die wirren Verhandlungen in Versailles, fiel gestern Abend plötzlich die Nachricht von einem Attentat gegen den Fürsten Bismarck, der Ruhe und Genesung suchte im Bade zu Kissingen. In der selben Stunde, in welcher König Ludwig von Bayern, aus seiner gewohnten Zurückgezogenheit einmal hervortretend, den deutschen Kaiser auf bayerischem Boden begrüßte, richtete ein Fanatiker das meuchelmörderische Geschoss auf den Kanzler des deutschen Reiches. Der Schmerz über die furchtbare Nachricht, die mit einem Schlag die allgemeine Aufmerksamkeit von Versailles nach Kissingen rückte und den nach Ruhe sehenden Staatsmann wider seinen Wunsch von Neuem zum Mittelpunkt der Geschichte mache, wurde gemildert durch den Zusatz: Leicht verwundet!

Bis zur Stunde liegen weitere Nachrichten als die im Morgenblatt mitgetheilten nicht vor; insbesondere lässt der Telegraph unentschieden, ob der deutsche Kaiser die Nachricht bereits in München bei seiner Zusammenkunft mit König Ludwig oder erst später erhalten habe.

Die Folgen des Ereignisses werden bedeutend sein, insbesondere auch für Bayern. Wir vermeiden es, zumal bei dem ersten Eindruck, den die Nachricht macht, die Schuld auf die eine oder andere, gleichviel ob politische oder religiöse Partei zu werfen, und wir bedauern den Zusatz zu der einen Depesche, daß der Mörder „in verdächtigem Verkehr mit einem katholischen Priester gesehen worden sei“; wir sollten meinen, es genüge vollauf, daß er Mitglied eines katholischen Gesellenvereins sei. Die traurigen Hexereien in diesen Vereinen, um so gefährlicher, als sie vor weniger Geübten und deshalb leichter Ereignisse ausgesprochen worden sind ja bekannt genug; der religiöse Fanatismus ist immer furchtbarer als der politische und wird leicht zum religiösen Wahnsinn; die fortgesetzten Lügen von Verfolgungen der Kirche, die Vergleiche mit den Zeiten Nero's und Diocletian's u. s. w. müssen schließlich die Gemüther erregen. Immerhin aber ist es die That eines Einzelnen, für welche die Partei als solche verantwortlich zu machen, auf traurige Irrwege führen würde.

## Deutschland.

Berlin, 13. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Präsidenten v. Rothe zu Erfurt den Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Landrat des Kreises Cuxhaven, Geh. Regierungs-Rath Schröder zu Haus Wachendorf, den königlichen Kronen-Ordens zweiter Klasse; dem Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten Rosenau auf Brostow im Kreise Wirsitz den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Sanitäts-Rath Dr. Noelle zu Belz im Kreise Mettmann, dem Provinzials-Controleur a. D. Pleiss zu Jülich und dem Buchhalter Stohlmann auf der „Gute Hoffnungs-Hütte“ zu Sterkrade im Kreise Mülheim a. d. Ruhr den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schulzen Hormann zu Cärtton im Kreise Arnswalde das Kreuz, der Inhaber des königlichen Hauses-Ordens von Hohenzollern; dem Schullehrer und Küster Schmidt zu Barzig im Kreise Saatzig den Adler der Inhaber desselben Ordens; dem Förster Süßmann zu Nippern im Kreise Neumarkt, dem Lehngutsbesitzer Hartmann zu Rentschen im Kreise Züllichau-Schwedt und dem Gärtner Baltazar Linzen zu Aachen das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

[Se. Majestät der Kaiser und König] hat im Namen des Deutschen Reiches den Herrn John William Nichol in Blyth (England) zum Vice-Consul des Deutschen Reiches ernannt. [Se. Majestät der Kaiser] hat im Namen des Deutschen Reiches die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg im Elsass vollzogene Ernennung des Pfarrers Georg Lienhard zu Weibersweiler im Bezirk Lothringen zum Ober-Pfarrer in Ostweiler, Bezirks Unter-Elsäß, bestätigt.

Se. Majestät der Kaiser hat die von dem israelitischen Bezirks-Conistorium zu Meß vollzogene Ernennung des Gemeinde-Rabbiners Isaak Vigari zu Mainz im Bezirk Lothringen zum Ober-Rabbiner dieses Conistoriums bestätigt.

[Se. Majestät der König] hat dem Wasserbau-Inspector August Ludwig Loges in Harburg den Charakter als Baurath verliehen; den Gutsbesitzer und Regierungs-Referendarius Carl Gemander auf Czerwionka zum Landrat des Kreises Rybnik ernannt.

Der Arzt und Geburtsheiler Förster zu Borszynnen ist zum Kreis-Mundarzt des Kreises Lyck ernannt worden. — Der ordentliche Lehrer Dr. Lazarowicz am Gymnasium in Culm ist zum Oberlehrer befördert worden. — Der bisherige Baumeister Friedrich Braune zu Diepholz, Provinz Hannover, ist als königlicher Eisenbaumeister bei der Saarbrücker Bahn mit dem Wohnsitz zu Trier angestellt worden. Der Kreisrichter Lithauer zu Löbau Weipr. ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Schrimm und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schrimm ernannt worden. — Der in die Ober-Pfarre am Dom zu Halberstadt berufene bisherige Ober-Pfarrer und Superintendent zu Weisenfels, Johann Friedrich Ferdinand Gustav Nebe ist zum Superintendenten der Diözese Halberstadt ernannt worden.

Berlin, 13. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und König] trafen von Coblenz über Karlsruhe und Offenburg am 9. d. M., Abends bald nach 7 Uhr mittels Extrazuges in Konstanz ein, wo Allerbüchstebel im Bahnhofe von Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog, der Großherzogin und dem Erbgroßherzog, sowie Ihren Großherzoglichen Hoheiten der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Ludwig Wilhelm empfangen wurden. Zur Meldung bei Sr. Majestät waren ferner anwesend: der Präsident des Hofgerichts, Prestinari, der Landescommissär Ministerial-Rath Haas, der Stadt-Director Glad, der Commandeur des 6. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 114, Oberst Kraus, der Ober-Postdirektor Eckard, sowie der Bürgermeister Stroemer u. a. Se. Majestät bestiegen unter dem begeisterten Zuruf der zahlreich versammelten Zuschauer mit dem Großherzog und der Großherzogin den Wagen und begaben sich zum bereitstehenden Dampfschiff „Kaiser Wilhelm.“ Nach vollzogener Einschiffung des Gefolges verließ das Schiff den Hafen unter dem Donner der Geschüsse und den tanzenstimigen Hochrufen der am Ufer und in Schiffen versammelten Bevölkerung. Die Fahrt nach Insel Mainau war vom herrlichsten Sonnenuntergang begleitet, und an den Uferplätzen salutierten Geschüsse. Abends zwischen 9 und 10 Uhr brachte das gesamme Officercorps des 114. Regiments mit der Regimentsmusik an Bord von Dampfschiffen ein Ständchen vor Schloss Mainau in Fackelschein, Feuerwerk und bengalischer Beleuchtung.

Der Erbgroßherzog und die Prinzessin Victoria waren am 9. d. M. Nachmittags 3 Uhr von Karlsruhe auf Schloss Mainau bereits eingetroffen.

Das Besinden Sr. Majestät ist durchaus zufriedenstellend und erwünscht.

Heute Vormittag 8 Uhr 50 Minuten haben Se. Majestät Schloss Mainau verlassen, um die Reise nach Gastein fortzuführen. (R. Anz.)

○ Berlin, 13. Juli. [Aus Frankreich.] — Meldewesen.

— Erhöhung des Findergeells für Geschosse.] In Frankreich dürfte es während der jetzigen Sitzungsperiode wohl kaum zu wichtigeren Entscheidungen kommen — wenigstens machen es die von dort eintreffenden Nachrichten von Tag zu Tag weniger wahrscheinlich, daß irgend welche Entscheidung nahe bevorstehe. Wichtig ist in dieser Beziehung das entschiedene Auftreten Mac Mahon's; aber nicht dies allein, sondern auch die Wahrnehmung, daß die Legitimisten nicht mehr den Mut zu haben scheinen, die vor Kurzem begonnene Campagne mit dem Marschall fortzuführen. Es scheint dies, als ob sich thatsächlich und bis auf Weiteres die frühere Majorität noch gedrungen wieder zusammenfindet, nur mit dem Unterschied, daß der Marschall sich früher als Bevollmächtigter der conservativen Mehrheit gerierte; jetzt aber besteht oder vielmehr vegetirt die Majorität nur noch unter dem Protectorat des Marschalls und nach seiner Initiative. Die Situation hat große Ähnlichkeit mit der Herrschaft Louis Napoleon's vor dem Staatsstreich; jetzt wie damals ist es nur eine Diktatur mit parlamentarischem Beiwerk. Ob sie auch denselben Ausgang nehmen wird?

Zur besseren Ordnung des polizeilichen Meldebewegens sind neuerdings von einigen Regierungen Polizei-Verordnungen erlassen worden, durch welche namentlich die Controlle der An- und Abziehenden gesichert werden soll. Da die getroffenen Anordnungen nur dann vollen Nutzen gewähren können, wenn sie gleichzeitig im ganzen Staate zur Geltung kommen, so sind die Regierungen und Landdrosteien veranlaßt worden, diese Angelegenheiten überall entsprechend zu regeln und hierach entweder die über diese Angelegenheit bereits bestehenden Polizei-Verordnungen abzuändern, oder neue zu erlassen. — Seitens des Kriegsministers ist neuerdings das Findergeell für aufgefundene Geschosse erhöht und den betreffenden Artillerie-Depots und Verwaltungs-Commissionen die Auslieferung ertheilt worden, die erhöhten Sätze vor jetzt ab zu zahlen. Der Minister des Innern hat die Provinzialbehörden beauftragt, diese Anordnung in geeigneter Weise zu publicieren und gleichzeitig die öffentliche Aufmerksamkeit auf die äußeren Kennzeichen scharf geladen und beim Verschießen nicht zerprungenen Geschosse unter Hinweis auf die große Gefährlichkeit dieser Munition zu lenken.

[Für Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Albrecht,] Höchstwürdige Sich in gesegneten Umständen befindet, wird auf Bestimmung des Evangelischen Ober-Kirchenrats seit gestern die übliche Flurbitte in den evangelischen Kirchen gehalten.

Königsberg, 11. Juli. [Das Publicandum des Landrats Freiherrn von Hüllensem über die Quedenauer Affaire] lautet nach der „Ost.“:

„Gestern hat im Kreise ein sehr bedauerlicher Ereignis stattgefunden. In den Amtsbezirken Ostdenau und Trittau rotete sich eine größere Anzahl von Leuten zusammen, zerstörten die Amtsgefängnisse derselbst und verübten Misshandlung und Plünderei. Zur Herstellung der Ordnung mußte Militär requirierte werden. Dasselbe stieß auf Widerstand und mußte von der Waffe Gebrauch machen. Mehrere der tumultuanten wurden verwundet, einige nicht leicht, und 105 wurden demnächst verhaftet. Weitere Verhaftungen werden vorgenommen werden, um die Schuldigen, die sich der sofortigen Sichtung entzogen hatten, der gesetzlichen Strafe zu übergeben. Die gerichtliche Untersuchung ist auf Ausektion der tödlichen Staatsanwaltschaft eingeleitet. Ein außerordentlicher Commissarius des Gerichts stellt dieselbe, und Vernehmungen haben heute schon an Ort und Stelle stattgefunden. Soweit bis jetzt hat festgestellt werden können, ist die Veranlassung zu diesem traurigen Vorfall darin zu suchen, daß bei dem Gesinde und den Arbeitern in vorwärtsen Bezirken die thörichte Annahme Platz gegriffen hat, daß, nachdem durch die Einführung der neuen Kreisordnung der Polizeigewalt auf dem Lande auf die Amts-Vorsteher übergegangen, die arbeitende Klasse vor dem Gesetz nicht mehr gleiche Rechte mit der besitzenden habe, und wieder in Unterthanigkeit gerathen sollte. Es gewinnt auch den Anschein, als wenn im Kreise nicht einheimische Elemente böswillig die Dummheit der Leute, welche die neue Kreisordnung als ein Uebergangsgesetz zur Leibeignenschaft ansehen, benutzt haben, um sie aufzurütteln gegen die Obrigkeit, Unfrieden zu säen zwischen Gesinde und Brodherrschaft und Ereignis zu veranlassen, indem ihnen wahrheitswidrig vorgestellt war, daß die Amts-Vorsteher aus eigener Macht die Polizei an sich genommen hätten und es nicht der Wille Sr. Majestät des Königs wäre, daß sie die Polizei führen. Die Untersuchung wird das Nächste ergeben und die Schuldigen der gesetzlichen Strafe überreissen. Plächt der Behörden ist es aber, nach solcher Wahrnehmung die Leute vor böswilligen Aufreizungen zu warnen und sie über die neue Einrichtung der Amtspolizei aufzuklären. Demnach erhalten die Gemeinde- und Gutsvorsteher den Auftrag, sofort unter Hinweis auf die Paragraphen 46, 56, 67 und 77 des Gesetzes vom 13. December 1872 über die Kreisordnung in ihren Bezirken zu veröffentlichen, 1) daß der Amts-Vorsteher die Polizei im Namen des Königs ausübt, 2) daß der Amts-Vorsteher von der Staatsregierung durch den Oberpräsidenten ernannt wird, 3) daß die Aufficht über die Geschäftsführung der Amts-Vorsteher als Vorsitzender des Kreisausschusses führt, 4) der Landrat als Organ der Staatsregierung die gesamte Polizeiverwaltung im Kreise und in dessen einzelnen Amtsbezirken, Gemeinde- und Gutsbezirken überträgt. Ich erwarte, daß die Gemeinde- und Gutsvorsteher mit dieser Publikation eine geeignete Lehre verbinden, insbesondere darauf hinweisen werden, daß nach § 59 der Kreisordnung der Amts-Vorsteher die Sicherheit, Ordnung, Sitten, Gewohnheiten, Gebräuche, Armen, Wege, Wälder, Felder, Forste, Fischerei, Gewerbe, Bau-, Feuer-Polizei u. s. w., so weit sie nicht durch besondere Gebräuche dem Landrat oder anderen Behörden übertragen ist, verwalten und nach § 60 und 61 mit Befugnissen ausgestattet ist, die seinen Anordnungen auch den erforderlichen Nachdruck geben können. Bei der Neuheit und Ungewöhnlichkeit der Einrichtung der Amtspolizei wird es sich aber auch empfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß Beschwerden über die Handhabung der Polizei nach wie vor bei dem Landrat anzuzeigen sind, und ich angeordnet habe, um stets Überblick über das, was im Kreise vorgeht, zu haben, daß mir von jeder vorläufigen Inhaftirung so wie von jeder festgesetzten polizeilichen Gefangenstrafe unter Angabe der Person des Grundes und der Dauer der Haft resp. Strafe sofort Bericht erstattet wird. Ich hoffe, daß jeder rechtssichere Mann im Kreise es für seine erste Pflicht erachten wird, Aufreizungen und Auflehnungen gegen Gesetz und Obrigkeit zu verhindern, um Ereignisse zu vermeiden, welche das strengste Einschreiten der Behörde wiederum zur Folge haben mühten. Königsberg, den 7. Juli 1874. Der Landrat Baron v. Hüllensem.“

Berlin, 13. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben von Coblenz über Karlsruhe und Offenburg am 9. d. M., Abends bald nach 7 Uhr mittels Extrazuges in Konstanz ein, wo Allerbüchstebel im Bahnhofe von Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog, der Großherzogin und dem Erbgroßherzog, sowie Ihren Großherzoglichen Hoheiten der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Ludwig Wilhelm empfangen wurden. Zur Meldung bei Sr. Majestät waren ferner anwesend: der Präsident des Hofgerichts, Prestinari, der Landescommissär Ministerial-Rath Haas, der Stadt-Director Glad, der Commandeur des 6. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 114, Oberst Kraus, der Ober-Postdirektor Eckard, sowie der Bürgermeister Stroemer u. a. Se. Majestät bestiegen unter dem begeisterten Zuruf der zahlreich versammelten Zuschauer mit dem Großherzog und der Großherzogin den Wagen und begaben sich zum bereitstehenden Dampfschiff „Kaiser Wilhelm.“ Nach vollzogener Einschiffung des Gefolges verließ das Schiff den Hafen unter dem Donner der Geschüsse und den tanzenstimigen Hochrufen der am Ufer und in Schiffen versammelten Bevölkerung. Die Fahrt nach Insel Mainau war vom herrlichsten Sonnenuntergang begleitet, und an den Uferplätzen salutierten Geschüsse. Abends zwischen 9 und 10 Uhr brachte das gesamme Officercorps des 114. Regiments mit der Regimentsmusik an Bord von Dampfschiffen ein Ständchen vor Schloss Mainau in Fackelschein, Feuerwerk und bengalischer Beleuchtung.

Der Erbgroßherzog und die Prinzessin Victoria waren am 9. d. M. Nachmittags 3 Uhr von Karlsruhe auf Schloss Mainau bereits eingetroffen.

Das Besinden Sr. Majestät ist durchaus zufriedenstellend und erwünscht.

Vormittag 8 Uhr 50 Min. Schloss Mainau verlassen, um die Reise nach Gastein fortzuführen.

Kempten, 13. Juli. [Se. Majestät der Kaiser] ist auf der Durchreise nach München heute Nachmittag gegen 3 Uhr hier eingetroffen. Zu seinem Empfange hatte sich der Gouverneur der Festung Ulm, die Gemeindecollegien und das Veteranencorps am Bahnhofe eingefunden. Von der zahlreich versammelten Menge wurde der Kaiser mit enthuastischen Zurufen begrüßt.

Kissingen, 12. Juli. [Fürst Bismarck] hat heute Nachmittag nach seiner Rückfahrt aus dem Salinenbade dem hiesigen Bürgermeister, Dr. Gull, einen längeren Besuch in dessen Wohnung abgestattet.

## Österreich.

Ischl, 13. Juli. [Der Kronprinz Rudolf] ist heute hier eingetroffen. Die Ankunft des Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela von Bayern wird in einigen Tagen ebenfalls erwartet. — Zu Ehren des deutschen Kaisers wird morgen ein Galadiner stattfinden. — Der Kaiser von Österreich wird dem deutschen Kaiser bis zur Station Stiobl entgegenfahren.

## Italien.

Rom, 9. Juli. [Tristan nicht in Rom.] Banditenwesen in Sicilien] Mehrere Zeitungen haben berichtet, und wir haben es in gutem Glauben nachzählt, daß der berüchtigte spanische Bandenführer Tristan in Rom angekommen sei. Es hat sich aber als Irrethum herausgestellt. Ein anderer Spanier, der Tristan allerdings sehr ähnlich sieht und auch ein (spanischer) Reactionär ist, der Graf d'Equville, welcher vor einigen Jahren wegen hochverrätherischer Utritte aus Florenz ausgewiesen wurde, war hier angekommen und im Hotel d'Allemagne abgetragen und hatte zu dem Gericht von Tristan's Anwesenheit in Rom Veranlassung gegeben. Er ist aber bereits wieder abgereist, und man sagt, im Auftrag des Vaticans nach Frankreich. — Trotzdem officielle Telegramme nahezu allwöchentlich zu berichten wissen, daß die Regierungstruppen diese oder jene Räuberbande in Sicilien niedergeschlagen haben, blüht das Banditenwesen auf dieser herrlichen Insel noch immer fort, ja droht, Dank der Unterstützung, die ihm vom Vatican und seinen Alliierten zu Theil wird, immer mächtiger zu werden. Die Regierung hat sich zu ernsten Maßregeln entschlossen und sendet unablässige Verstärkungen nach der Insel. Die Zahl der daselbst liegenden Truppen beträgt gegenwärtig 28.000 Mann, reicht aber bei weitem nicht aus. Da es bekannt ist, daß sich Banditen durch Besetzungen von Einzelnen und ganzen Gemeinden der Verfolgung entziehen, hat die Regierung den Präfekten Siciliens ermächtigt, hohe Belohnungen für die Denunciation der berüchtigtesten Bandenhäuplinge auszusetzen. Die Köpfe von acht Banditen sind dem Gouvernement 139.000 Lire wert; auf die Gefangennahme von fünf der gefährlichsten ist der hohe Preis von je 25.000 Francs ausgesetzt. Diese Anstrengungen sind angeblich der heftigsten Agitation, die gegenwärtig auf der Insel von den Clericalen genährt wird, notwendig, und es wäre nur zu wünschen, daß sie einen besseren Erfolg hätten, wie die bisherigen.

Rom, 9. Juli. [Wahlprogramm.] — Merode. — Conflict.] Das „Diritto“, welches vor kurzem den Wahlaufruf der Opposition veröffentlicht hat, der so wenig Beifall gefunden, enthält heute nachstehenden Brief (vom 5. Juli 1874) des Ausschusses der sogenannten „jungen“ Linken an die Unterzeichner des ersten Wahlaufrufs. Derselbe ist unterzeichnet von den Herren de Luca, Nelli, Ubigneto, Cappino, La Porta, Mairana, San Donato, de Sanctis, Lacara, Sarentino, Cesaro, Vicini, Solidat.

„Sehr liebe Collegen! Wir haben Euer Manifest mit der Aufmerksamkeit gelesen, welche der Ernst des Augenblicks verlangt, die Achtung, die wir vor Euch haben, und die Erinnerung an die Kämpfe, welche wir zusammen für die den beiden Gruppen der Linken gemeinsamen Prinzipien bestanden haben. Aber Ihr begreift, daß wir unseren Freunden nicht raten können, Euer Programm zu unterzeichnen. Die Ordnung, in welcher die politischen, administrativen und finanziellen Fragen einem Parlamente, das seine abgemessene Zeit hat, und dem Lande, daß die Lösung der einen Frage für dringender hält, als die der anderen gegeben werden; der Vorzug, welcher der einen vor der anderen gegeben wird; die Art und Weise, die verschiedene Schwierigkeiten zu bekämpfen und zu besiegen, bildet eine Kluft zwischen uns und Euch, und verschiedene Verhandlungen und Abstimmungen haben sie der Nation offenbart. Es ist nach der Natur der politischen Parteien gut, daß es so gekommen ist, damit die verschiedenen Oppositionsgruppen sich danach richten können, um den Triumph unserer gemeinsamen Prinzipien der Freiheit, des Fortschrittes, Verbesserung der moralischen wie materiellen Lage des Landes zu sichern und zu beschleunigen.“

In dem Zustande des Monsignore de Merode ist über Nacht eine folgende Verschlümmung eingetreten, daß die Aerzte alle Hoffnung verloren haben, ihn am Leben zu erhalten. — Der „Daily News“ wird von ihrem Correspondenten in Rom telegraphisch gemeldet, daß in Folge des päpstlichen Befehles, welcher dem Clerus die Beihilfe an den bevorstehenden Wahlen verbietet, eine Spaltung in der clericalen Partei eingetreten sei. Die Bischöfe von Turin und Ivrea, sowie der Erzbischof von Neapel haben beschlossen, dielem Befehle nicht zu gehorchen. Als Motiv für ihren Ungehorsam geben sie die Notwendigkeit an, die dafür existire, daß die clericalen Partei im Parlament vertreten sei, um die Annahme neuer Maßregeln gegen die Kirche zu verhindern. Mehrere einflussreiche Mitglieder der clericalen Partei sind bemüht, Andere für ihre Entfaltungssart zu gewinnen.

## Frankreich.

Paris, 10. Juli. [Gerüchte.] Man schreibt der „A. 3.“ Das Gericht ist heute Abend verbreitet, daß der von den Bonapartisten so arg angefeindete Polizeipräsident Leon Renault einen Nachfolger erhalten soll. Dieses erregt Unruhe. Einerseits befürchtet man, daß eine den Imperialisten günstige Persönlichkeit an die Spitze der Polizei komme; andererseits weiß man, daß Renault, der noch von Thiers ernannt ist, nur dann zurückzutreten die Absicht

frankreichs darstellt, hat unter den Deputirten sehr hohes Blut gemacht, zumal man weiß, daß der Verfasser dieser Artikel (er unterzeichnete „Saint Genest“, heißt aber eigentlich Buchon und war früher Unteroffizier) von dem präsidentialischen Palais inspirirt wird. Die Vorstände der verschiedenen Parteien verammelten sich während der Sitzung und berieten über eine Interpellation, die an die Regierung zu richten sei. Gegen 3 Uhr hielt es jedoch, die Minister, welche doch eingebeten zu haben schienen, daß der Marschall Mac Mahon sich der Nationalvertretung gegenüber zu wahrzeige, hätten denselben bestimmt, zu gestatten, daß man sein Leiborgan maßregle, um der erregten öffentlichen Meinung eine gewisse Genugthuung zu gewähren und zugleich eine Interpellation zu verhüten, für welche leicht die große Majorität der Kammer eintreten könnte. Die öffentliche Sitzung wurde schon um 1½ Uhr eröffnet. Man nahm zuerst die Organisation der Abtheilungen vor. Diese Operation wurde um 2½ Uhr beendet, worauf die Kammer wieder auf die Discussion der Steuergesetze überging. Magne hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, aus alle directen Steuern eine Demi-Decime hinzuzuschlagen, während Wolowski das Deficit dadurch decken will, daß der Bank für die Kriegsanleihe nur 150 statt 200 Millionen zurückgezahlt werden. Gestern hatte sich der Finanz-Minister mit Wolowski verhandelt. Der heutige erste Redner war Paul Cottin; derselbe belästigte den Antrag Woloski und will das Gleichgewicht im Budget von 1875 dadurch hergestellt wissen, daß die Ausgaben um 60 Millionen verringert werden. Magne ergreift hierauf das Wort. Er hält es für unmöglich, 60 Millionen Ersparnisse zu machen, und weist darauf hin, daß die Ausgaben sich eher vermehren als verringern würden. Dann sucht er darzuthun, daß die Lage der Bank nicht gestatte, vom Staat 50 Millionen weniger zurück zu empfangen, und schließt mit der Beschwörung, die vom Staat eingegangenen Verpflichtungen streng aufrecht zu erhalten. Als Magne von der Tribüne herabsteigt, klatschen ihm nur die Bonapartisten zu. Nach Magne ergreift Boher (der intime Freund der Prinzen von Orleans) das Wort, um ihn zu bekämpfen. Seine Rede macht tiefen Eindruck. Er hält es für unmöglich, daß man die Steuern noch vermehren. Seit drei Jahren habe man auf die nämlichen Steuern sieben Mal Aufschlag gelegt. Boher führt die verschiedenen Ziffern an, ohne daß er eine Notiz in der Hand hat. Er fragt hierauf den Minister, was er thun werde, wenn alle Projekte verworfen werden würden. Er prüft dann den Antrag Woloski, den er für vollständig gut hält. Die Rede Boher's wird von der ganzen Versammlung, besonders von der Linken, mit großem Beifall begrüßt. Für Magne ist diese Rede ein harter Schlag, und obgleich Mac Mahon ihn befahl, so wird es ihm schwer fallen, an der Macht zu bleiben. Nach der Rede Boher's wird die Sitzung für 15 Minuten aufgehoben. Die allgemeine Discussion wird geschlossen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung kündigt der Präsident an, daß er eine Interpellation von René Brice (links Centrum) erhalten. Derselbe will sofort die Regierung wegen der fortwährenden Angriffe befragen, die eine gewisse Presse gegen die Rechte und Unabhängigkeit der Verfassung richtet. — Der Justizminister Tailhard erwidert, daß der „Figaro“ wegen seines Artikels für 14 Tage unterdrückt ist. — René Brice zieht seine Interpellation zurück. (Furchtbare Erregung in der Kammer. Die Linke protestiert, daß man die Interpellation zurückgezogen. Die Rechte und das rechte Centrum verlangen die Wiederannahme der Discussion.) — Léopold (älteste Linke) eilt nach der Tribüne und nimmt die Interpellation im Namen der Linken wieder auf. Er fragt die Verfassung, ob ihre Würde nicht erheische, daß die Sache sofort zur Sprache komme. Der Justizminister verlangt, daß die Interpellation erst in einem Monat vorliege. Man schreitet zur Abstimmung. Die Interpellation wird auf einen Monat vertagt. Rechte und rechtes Centrum stimmen für den Monat. Linkerste Rechte und linkes Centrum enthalten sich der Abstimmung, während die Linke gegen den Monat stimmt. Man discutiert nun einen Augenblick über die Reihenfolge, in welcher die finanziellen Anträge vorliegen. Es ist 5½ Uhr, als Brison (älteste Linke) die Tribüne besteigt. Er hat ein Papier in der Hand und übergibt es dem Präsidenten. Die Sache hat auf den „Figaro“ Bezug. Brison stellt dann den Antrag, daß die Kammer eine Commission ernenne, um Saint Genest, den Verfasser des „Figaro“-Artikels, vor die Schranken des Hauses zu laden. Er verlangt die Dringlichkeit für seinen Antrag und will den Artikel des „Figaro“ vortragen. — Tailhard (Justiz-Minister) will dieses aber nicht zugeben. Der Artikel des „Figaro“ sei falsch worden und er dürfe deshalb nicht den „Figaro“ citiren. Brison bestreit aber auf seinem Recht und beginnt beim Poltschluß mit der Vorlesung des Artikels.

[Der Schluß des „Figaro“-Artikels,] welcher in der National-Versammlung so großen Scandal erregte, lautet, wie folgt:

„Sie, meine Herren Deputirten, die Sie vor Kurzem souverän waren, um eine Regierung zu schaffen, und die Sie es jetzt nicht mehr sind, um Ihr Werk zu vollenden; Sie, die Sie almdächtig waren, um zu konstituieren, und die Sie vollständig machtlos sind, um zu zerstören, machen Sie Geheue! Wir warten darauf! Seit drei Jahren hindern Sie Alles; seit drei Jahren verwandten Sie Ihren Geist, alle Ihre Kräfte und Ihre ganze Zeit darauf, die Monarchie, die Republik, das Kaiserreich, ja, sogar das Provisorium zu verhindern. Wohl! Verständigen Sie Sich jetzt über etwas — wir werden gehorchen. Wenn Sie aber irgend etwas gegen die Gewalt des Marschalls verlügen, so werden wir nicht gehorchen. Wenn Sie von einem unwiderruflichen und souveränen Beschuß zurücktreten wollten, so gehorchen wir nicht! Wenn Sie einer anderen Verfassung die constituirende Gewalt übergeben wollten, die Sie selber nicht mehr besitzen, so gehorchen wir nicht, und jeder, der Ihnen gehorchte, würde ein Auführer sein. Wir werden nur den Gesetzen gehorchen, welche die Gewalt des Marschalls auf die Dauer von sieben Jahren achten. Diese Gewalt, welche Sie in der Fülle Ihrer Souverainität beschlossen haben, steht in Zukunft über Ihren Angriffen, und wie die ganze Armee dieselbe vertheidigt, die auch über Ihre Kräfte geht. Beugt Ihnen Sie sich nicht; geben Sie sich nicht der Verzweiflung hin! Arbeiten Sie! Beobachten Sie Geheue — wir werden sie ausführen. Aber so lange nichts da ist, werden wir nicht die Diener der Leere sein; wir werden die Dienst des Septenniums sein, der einzigen Sache, welche existirt. . . . des parlamentarischen Septenniums, wenn Sie eine Verfassung beschließen. . . . des militärischen Septenniums, wenn Sie sich trennen, ohne etwas constituir zu haben. Und da Sie meine Worte nicht verstanden zu haben scheinen, so wiederhole ich sie Ihnen: Da auf Ihren souveränen Beschuß der Marschall das höchste Staatsoberhaupt ist, so kennt die Armee nur ihn, wird die Armee nur ihm folgen und wird die Armee nur ihm gehorchen! Denn die Armee, welche Abtheile hat vor den Aufrührern des Parlamentarismus wird gegen Alle den Soldaten vertheidigen, welchem Sie die höchste Gewalt übergeben haben. Und wenn in einem tollen Augenblide Verteidiger von dem, was sie unwiderruflich constituirten, zurücktreten wollten, so wird die Achtung selbst, welche die Armee für Ihre souveränen Beschlüsse hat, sie zwingen, Ihrem eigenen Worte Achtung zu verschaffen.“

**Spanien.**

Santander, 10. Juli. [Die Carlisten und ihre Kriegsführung.] Ein Telegramm der „Daily News“ meldet: „Die Carlisten haben sich von Lerida nach Somorrostro zurückgezogen. Ihre Streitkräfte nehmen um Bilbao herum zu. Es wird damit bezweckt, die Republikaner von Estella abzulenken. Zwischen hier, Bilbao und San Sebastian soll unverzüglich eine Telegraphenleitung hergestellt werden.“ — Die Herzogin von Madrid ist am 9. d. M. in Bayonne angekommen. — Der „Times“ werden von einem ihrer Correspondenten bei den Carlisten-Armee folgende Mittheilungen über die Zerstörung des Dorfes Abarzuza während der Schlacht vor Estella gemacht. Abarzuza, heißt es, war Marshall Concha's Hauptquartier, mit dem, wie man vermutet, nach seinen besonderen Anweisungen verfahren wurde. Verheeren und Zerstören war die in Lodosa gebrauchte Drohung und höchst gründlich wurde diese Drohung ausgeführt. Ich zweifele sehr, ob von 100 Gebäuden 20 intact geblieben sind, und diese sind ihres Inhalts beraubt worden. Das Haus, in welchem der republikanische Commandeur seinen Geist aufgab, entging den Flammen, und das Zimmer, in welchem er starb, blieb mit den blutbefleckten Betten unberührt. Als die Carlisten den Ort betraten, wurden 180 republikanische Soldaten in dem Akt der Fortsetzung des Zerstörungswerkes ergriffen, und es ist zum verwundern, daß sie nicht sofort niedergeschossen wurden, statt zu Gefangen gemacht zu werden. Aber das Bremmen und Plündern waren Kleinigkeiten im Vergleich mit den anderen Verbrechen, welche die Liberalen, wie es heißt, sich zu Schulden kommen ließen. Unter anderen furchterlichen Handlungen sollen sie, wie man sagt, 6 royalistische Soldaten, die während des Kampfes gefangen genommen wurden, niedergeschossen und noch lebend in die Flammen der brennenden Häuser geworfen haben. Als Wiedervergeltung wurde die Decimierung der 180 Soldaten anbefohlen. Dieses Urtheil wurde am

nächsten Tage ausgeführt, aber ein halbe Stunde nach dem Beginn der Execution traf eine Depesche vom König ein, mit dem Befehle sie alle zu schonen, und so fande 18 Soldaten ihren Tod durch einen Verzug von 30 Minuten. Ich war lange bei den Carlisten und kenne sie als edelmüthig gegen ihre Feinde; die Bergbewohner fraternisierten mit ihren Gefangenn, sobald sie eingebracht werden. Santa Cruz, der ein Verbanter und unerkannt ist, mag beim Ausbruch des Kriegs mit seiner unabhängigen Bande Exesse verübt haben; aber seitdem der Kampf organisiert worden, haben sich die Carlisten bestrebt, loal und edelmüthig mit dem Feinde zu verfahren. Vor einem Jahre wurde die gesamten genommene Bevölkerung von Estella — 700 Man. — auf Befehl des Königs be dingunglos in Freiheit gesetzt. Die Gefangenen von Dicastro und Bianca wurden in derselben Weise behandelt. Später ließ man die nahezu 1000 Mann zählende Garnison von Portugalate sofort durch die royalistischen Linien nach Pamplona passieren, und doch werden angesichts von all diesem carlistischen Gefangene in den Laufgräben von Somorrostro wie Hunde erschossen und unter den brennenden Ruinen von Abarzuza begraben. Concha proclamirte offen einen Vernichtungskrieg. (Gerade das Egentheil ist wahr. D. Red.) Feder Bauer verlangt nun wütend Rache von dem König — Rache für ihre zerstörten Heimstätten und für ihre geschändeten Frauen und Töchter. Nicht einen Mann oder Jungling, der fähig ist, Waffen zu tragen, wird es geben, der nicht den republikanischen Truppen auf ihrem Marsche ausflaufen und ein Leben fordern wird.“ (Der Mann versteht gut zu lügen. D. Red.)

**Belgien.**

Brüssel, 11. Juli. [Aufstand.] In der Militärstrafanstalt zu Vilvorde ist gestern ein Aufstand unter den Soldaten der Strafcampagne ausgebrochen, die sich gewaltsam befreien wollten; indessen ist es der Wache gelungen, die Meuterer zu Paaren zu treiben. Man hatte Anfangs nach Brüssel im Hülle telegraphirt, die Garnison war consignirt worden und ein Regiment Schützen sollte eben nach Vilvorde abrücken, als die Nachricht kam, daß der Aufstand bewältigt sei.

**Großbritannien.**

A. A. C. London, 10. Juli. [Im Hause der Gemeinden] hatte die Erwartung einer animirten Debatte über die zweite Leistung der vom Oberhaue bereits angenommenen Bill des Erzbischofs von Canterbury zur besseren Regelung des Gottes-Dienstes in der engl. Staatskirche sehr volle Bände gemacht. Herr Russell Gurney, der Vertreter für Southampton und Recorder der City von London, beantragte die zweite Leistung der wichtigen Vorlage, die bekanntlich dazu bestimmt ist, ritualistische Neuerungen, d. h. die Einführung römisch-katholischen Gebräude, wie z. B. der Ombrebeichte, in die Staatskirche unmöglich zu machen. Herr Gurney verfügte mit seinem Antrage eine sehr gründliche juristische Ausarbeitung der Bestimmungen der Bill, im Verlaufe, welcher er wiederholt betonte, daß Geistliche, die Emolumente vom Stacie bezogen, durchaus nicht berechtigt seien, den Landesgesetzen den Geschworenen zu versagen. Er schloß mit der Erklärung, daß die Bill gegen keine Partei gerichtet und keineswegs dazu bestimmt sei, die Grundlage, auf welcher die Kirche gebaut wurde, zu erschüttern. Den Neigen der Gegenanträge eröffnete Herr Hall mit einem Amendment, welches erklärt, daß es unzweckmäßig sei, mit einer Maßregel zur Amending der Handhabung des Gesetzes in Bezug auf Vergehen gegen die Kirchenordnungen vorzugehen, während sich dieses Gesetz in einer ungewissen Lage befindet. Herr Knatchbull-Hugessen, der Cr-Unterstaatssekretär für die Colonies, unterstützte dies Amendment mit dem Bemerk, daß die Bill den Bischofen ein Schwert in die Hände geben würde, das, obwohl anfangs dazu gebraucht, phantastische Symbole zu befeiligen, später gegen Doctrinen gewendet werden dürfte.

Hierauf nahm unter dem erwartungsvollen Schweigen beider Parteien des Hauses Herr Gladstone das Wort. Der Cr-Premier begann zuvor der ersten mit einem Protest gegen die Interpretation der Bestimmungen der Vorlage durch Herrn Russell Gurney. Niemals, bemerkte er, hätte er sich irgend einer Frage mit größerer Verlegenheit genähert, als dieser, und er sei gezwungen worden, aus seiner Zurückgezogenheit herzutreten, um die Lösungen und die Unwissenheit, die im ganzen Lande in Bezug auf diese Bill vorherrschen, zu zerstreuen. Die Schwierigkeit, in welcher sich das Parlament befindet, sei durch die ungünstliche Vorgeschichte der Bill sowie auch durch das Abweichen von dem hergebrachten Gebrauch, daß die Häupter der Kirche und des Staates in jedweder Gesetzesgebung für die Kirche vereinbart sollten, erhöht. Als den anständigsten Punkt der Bill bezeichnete er aber ihre Beeinträchtigung der Freiheit der Kirche sowie der manngäischen Gebräude, die in verschiedenen Theilen des Landes eingeführt worden seien. Bei dieser Gelegenheit rügte der Redner auch die Ausnahme der Bischofe von der Bill und die Bahlung des Richterhaltes aus den Fonds der Kirchen-Commission. Mutualismus, meinte Herr Gladstone, sei der geringste Theil der Frage, und zu § 8 der Bill übergehend, welcher die zu bestrafenden Vergehen definiert, behauptete er, daß durch eine strenge und gleichmäßige Handhabung der Kirchenverordnungen jeder indirekte oder kraftlebende Bischof im Stande sein würde, lokale Gebräuche, Traditionen und jedes Herkommen in der Feier des öffentlichen Gottesdienstes, sowie die Abweichungen von der Kirchenverordnung — gleichviel ob dieselben Begehnungs- oder Unterlassungsfunden seien — auszurotten. Für diese localen Abweichungen trat Herr Gladstone ganz besonders in die Schranken und miet durch viele Illustrationen die Unbequemlichkeiten der Handhabung einer strikten Gleichförmigkeit nach. Vorbehalt einer Schranken gegen Verfuchs in Gemeinden den religiösen Glauben der Nation zu untergraben, erklärte sich der Cr-Premier für ein volles Maß von Freiheit für die Kirche, und zum Schlus überreichte er dem Sprecher sechs diese Ideen verkörpernde Resolutionen, die er, wie er hinzufügte, beurtragen würde, im Falle die Bill zur Commissionsberatung gelange.

Nachdem die Debatte eine Zeitlang von Freunden und Gegnern der Bill fortgeführt worden, erhob sich Sir William Harcourt, Gladstone's College im letzten Cabinet, zur Vertheidigung der Vorlage. Nach einer scharfen Kritik der Gladstoneschen Argumente bezeichnete er dessen in den sechs Resolutionen enthaltene Vorläufe als gesetzlich und unter dem lauten Beileb des Hauses erklärte er, daß die Kirche von England auf Alte der Gleichförmigkeit basirt sei und daß jede Anfechtung dieses Princips verhängnisvoll für die Christen der Nationalkirche werden müsse. Einen heftigen Gegner fand die Bill in der Person des Kriegsministers, Herrn Hardy, was bedeutet, daß das Cabinet über die kirchliche Vorlage, die es scheinbar unter seine Fittiche genommen, nicht im besten Einvernehmen zu sein scheint. Hardy bekämpfte die Bill im Interesse des Clerus, dessen Freiheiten er durch dieselbe als bedroht bezeichnete. Nachdem noch Herr Leatham, eines der Häupter der Disidentenpartei, und Herr Hubbard, einer der Vertreter der City von London, gegen die Vorlage gesprochen, wurde die Debatte, nach mehrmaligen verunglückten Versuchen, eine Beratung derselben zu verhindern, bis zum nächsten Montag vertagt. Wie die „Morning-Post“ erfährt, werden sich die israelitischen Mitglieder des Unterhauses an der Abstimmung über die Bill, falls eine solche darüber notwendig wird, nicht beteiligen.

[Internationales Autorecht.] Der vor der Regierung im Hause der Gemeinden eingebaute Gesetzentwurf zur Amending des auf internationale Autorechte Bezug habenden Gesetzes enthält nur einen einzigen Artikel. Derselbe verfügt, daß in jedem Falle, in welchem eine Geheimrats-Verordnung erlassen wurde oder künftig erlassen werden mag zu dem Zwecke einer Ausdehnung des Schufs für die Übersetzung dramatischer Stücke, die im Auslande zum ersten Male öffentlich dargestellt werden, der Königin das Recht zusteht, solch durch eine Geheimrats-Verordnung zu verbauen, das der 6. Abschnitt der Acte 15 und 16 Victoria, Cap. 12, nicht auf die dramatischen Stücke, auf welche der Schuf derartig ausgedehnt ist, Anwendung finden soll. Die erwähnte Aktion überträgt der Königin die Befugnis, durch eine Geheimrats-Verordnung zu verbauen, daß Verfasser dramatischer Stücke, die im Auslande zum ersten Male öffentlich dargestellt werden, ermächtigt seien sollen, die Darstellung irgend einer unautorisierten Übersetzung ihrer Stücke in Großbritannien zu verbauen. Der 6. Abschnitt, dessen Aufhebung beabsichtigt wird, verfügt, daß in der erwähnten Aktion nichts so konstruiert werden soll, um vernünftige Bearbeitungen irgend welcher im Auslande veröffentlichten dramatischen Stücke oder musikalischer Compositionen für die englische Bühne zu verhindern. Die Vorlage wurde in der letzten Sitzung des Unterhauses zum zweiten Male gelesen.

[Verfälschung von Nahrungsmitteln.] Der Special-Ausschuß, der eingeführt worden war, um eine Untersuchung über die Wirksamkeit der im Jahre 1872 erlassenen Nahrungsmittel-Verfälschungssätze anzustellen, hat

seinen Bericht erstattet und darin „dem Publikum zum Trost“ festgestellt, daß es „war betrogen, aber nicht vergiftet“ wird! Milch wird jetzt weniger verfälscht, und junge Kinder, denen keine Muttermilch gegeben werden kann, brauchen also nicht mehr Hungers zu sterben. Die englische Butter ist nur mit Wasser und Salz verfälscht, dagegen wird noch immer viel „falsche Butter“ importirt, die „als Butter zu verkaufen“ nicht gestattet werden sollte. Brod wird im Ganzen unverfälscht verkauft. Dann und wann findet man Kartoffel- und Reismehl statt Weizenmehl, und Alum wird nur in geringen Quantitäten benutzt, so daß es den Chemikern schwer wird, die Verfälschung nachzuweisen. Thee ist oft mit Berliner Blau, Indigo, Gyps, Gelbwurzel verfälscht, doch werden diese furchtbaren Substanzen nur in geringen Quantitäten benutzt, so daß Personen die nicht sehr viel Thee trinken, ziemlich ungefährdet an dem Gebrauch, das man Thee nennt, sich erfrischen können. Die Welt kann also ruhiger schlafen, sie wird „nur betrogen“, nicht vergiftet!

[Tichborne-Prozeß.] Gestern ward der Tichborne-Präendent vor dem Erbholzgerichtshof in zwei Prozessen aufgefordert, sich zu stellen; da aber „Sir Roger Charles, Doughty Tichborne“ nicht erschien — aus guten Gründen, da er im Gefängnis sitzt —, wurden beide Prozesse von der Liste für immer gestrichen.

[Schiffzusammenstoß.] Capitain Muir, der Commandeur des Dampfers „Gothland“ aus Leith, der am 9. d. in Tay ankam, meldet, daß er am Sonnabend auf der Höhe der Lohoden-Inseln mit der Brigg „Ann Batts“ aus Blöth während bewegter See und dichten Nebels kollidierte. Die Brigg sank binnen 15 Minuten und fünf Personen ihrer Mannschaft — vier Deutsche und ein Engländer — fanden ein Wellengrab.

## Rußland.

[St. Petersburg, 9. Juli.] [Der „Golos“ über die österreichischen Polen und den Pan Slavismus.] Manchmal sind wir schon auf die auswärtigen Slaven und deren Wünsche zurückgekommen, allerdings fast nur in derjenigen Richtung, welche mit dem überwundenen Standpunkt der „panslavistischen Utopie“ zusammenhängt. Wenn die russischen Blätter auf diese Utopien auch nicht mehr zurückgehen und sie somit als völlig abgethan betrachten, so kommen sie doch zuweilen auf diejenigen Vorgänge in Österreich zu sprechen, welche von den Bestrebungen einzelner slawischer Völkerschaften im Auslande Kunde geben. Ganz neuerdings veröffentlichte so der „Golos“ einen großen Leitartikel, welcher die österreichischen Polen und deren Verhältnis zu den andern österreichischen Slaven behandelt. Wir lassen die Conclusionen dieses Leitartikels („Golos“ Nr. 174) dahingestellt bleiben. Die Vermuthung des „Golos“, die österreichische Regierung würde nachgerade auch mit den slawischen Brüderheiligen Ausgleiche abschließen müssen, wie sie es mit den Ungarn gethan, liegt kaum in dem Bereich der referirenden Thätigkeit eines Correspondenten über russische Angelegenheiten. Von Interesse dürfte aber zunächst die Art sein, wie der „Golos“ die Bestrebungen der Polen in Galizien charakterisiert. Nach 1846 und 1848 hätten die Polen ihre ganze geistige Thätigkeit auf die Betrachtung dessen, was einmal gewesen, concentrirt — ein Vorwurf, von welchem man die sogenannten „polnischen Patrioten“ in keiner Weise freisprechen kann. Alle Verwirrungen der Polen haben ihren Ursprung in dem gewaltsamen Herbeiziehen-Wollen des Gewesenen, des Abgestorbenen, des Erledigten. Dabei weiß Federmann, woher Polen einst zu Grunde gegangen und hat Niemand Lust, die Zeiten des polnischen Reichstags wieder zu erleben, selbst wenn es je möglich wäre, aus der Rumpfammer der Geschichte etwas diesem Institut Ähnliches neu aufgezupft an's Tageslicht zu fördern. Der „Golos“ äußert sich über solche Neigung der österreichischen Polen zum Abgestorbenen folgendermaßen: „Die Gräber der polnischen Könige (in Krakau) und der Nasenbügel Kosciusko's haben auf's Neue die seufzige Einbildungskraft der polnischen Patrioten fortgerissen in die Nebelwelt des Vergangenen, so daß auf einige Zeit von der allgemeinen progressiven Entwicklung Europas sich völlig losgelöst haben. Dieser moralische Zustand, welcher früher das Eigenthum der höheren Klasse war, hat sich jetzt zu einer allgemeinen Ercheinung gestaltet und stark ausgeprägt in der Literatur und Wissenschaft. Von diesem Augenblick an hat die polnische Journalistik und Tagespresse sich einen gewissen altgläubigen Cultus erschaffen, und die einst kräftige Gestaltungskraft des Nationalgeistes blieb stehen bei der Wiederbeschaffung aristokratischer Ideale, eines idyllischen Zustandes der Bauernwelt und bei der Abfaßung neuer Gebetbücher. Die Krakauer Universität, die im 16. Jahrhundert eine bemerkbare Leuchte in Europa vorstellte, hat sich in eine Art von archäologischem Museum verwandelt, bis zu welchem kaum schwache Strahlen der Wissenschaft unserer Zeit hindurchdringen.“

Der Universität Lemberg schreibt der „Golos“ eine bedeutend lebhaftere geistige Bewegung zu, weil dort mehrere Nationalitäten zusammenwirken. Dort käme jetzt der Keim einer neuen politischen Anschaunung in slawischen Dingen zum Vorschein, wogegen Niemand mehr opponirt als die polnischen Magnaten, welche ihrerseits auf die National-Autonomie „in rein persönlichen und egoistischen Absichten“ hinarbeiten. Diese polnischen Magnaten wollten nach dem „Golos“: „für sich ständische Vorrechte in der primitivsten Form bewahren, die Herrschaft über die galizischen Russen oder sogenannten Ruthenen festhalten, und die hierarchische Autorität der katholischen Geistlichkeit auf Grundlage des Dogma von der p.ä. Unfehlbarkeit wiederherstellen. In diesen drei Bedingungen spricht sich die ganze Politik der hochadeligen Leiter Galiziens aus, und daher stammt der beständige Zwiespalt zwischen Polen und Ruthenen u. s. w.“ In solchem Verhalten der polnischen Aristokratie findet der „Golos“ den Grund aller Zwistigkeiten zwischen verschiedenen slawischen Völkern Österreichs untereinander: „Zest wollen sich auch (sämt' er fort) die Jesuiten in Galizien festsetzen, aber der „Golos“ beweist sehr, daß ihre Herrschaft von Dauer wäre: „Die neuen Kirchengesetze sind für die Ziele dieser Streiter der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht günstig: sie bestimmen genau die Beziehungen der Kirche zum Stacie und politische Intrigen werden dadurch unmöglich“. Der „Golos“ glaubt, daß ein neues Element, strebende Glieder des Mittelstandes, die keine Prätentionen der hohen polnischen Aristokratie haben, deneinst den österreichischen Slaven mehr erproblichere Dienste leisten, und für sie die gewünschte Autonomie auf gesetzlichem Wege erstreben würden. Wichtig ist, was der „Golos“ zum Schlus über die Slaven im Allgemeinen sagt: „Der Pan Slavismus, welcher einst die Polen in Schrecken setzte, hat sich in der That als eine solche Chimäre erwiesen, als welche jetzt auch der polnische Patriotismus im Sinne des ancien régime sich darstellt. Alle slawischen Stämme in einer gemeinsamen Masse zu bringen, und ihre verschiedenen Cultur-Ercheinungen und Lebensformen (in welchen die Selbstständigkeit der nationalen Kräfte jeder getrennten Gruppe sich ausprägt) zu centralisieren oder umzuschaffen — das Alles ist unmöglich, ebenso unmöglich, wie die Wiederherstellung der oligarchischen polnischen Republik. Zest ist das Schreckgespenst des Pan Slavismus für immer aus dem Gebiete abstracter politischer Aufgaben verschwunden, und die allgemein slawische Frage steht jetzt auf realen Boden, auf welchem sich die verschiedensten nationalen Fragen mit einander vertragen können.“ Diese Worte beweisen, daß auch der „Golos“ den Pan Slavismus als eine völlig abgethanen Sache behandelt. Nämlich das offizielle Regierungsblatt den Pan Slavismus einst eine Utopie, erklärt ihn nun der „Golos“ aufdrücklich für eine Chimäre.

**Deutschisches Reich.**

Constantinopel, 11. Juli. [Auch ein Kirchenstre



